Die RGO bereitet neue Kämpfe vor

Schmiedet die rote Einheitsfront für die bevorstehenden Tarifbewegungen. Mobilisiert alle Arbeiter für den geschlossenen Kampf um die Wiederherstellung der alten Löhne. Verbreitert die Basis der Antifaschistischen Aktion!

Das Reichskomitee der RGO erläßt folgende Anweisungen an alle RGO-Einheiten:

Genossen und Kollegen! In der nächsten Zeit stehen eine Reihe wichtiger Tarifbewegungen bevor. Die bedeutendsten sind:

1. **Metallindustrie:** Neiße und Ratibor, Lohnabkommen zum 31. 8.; Grünberg, Lohnabkommen zum 31. 7.; Breslau, Manteltarif zum 31. 7.; Bauschlosser Breslau, Lohnabkommen zum 31. 8. gekündigt. Im ganzen über 15 000 Arbeiter betroffen.

Nordwest: Lohntarif, vierwöchig kündbar, über 150 000 Arbeiter betroffen.

Berlin: Lohntarif, vierwöchig kündbar, über 100 000 Arbeiter betroffen.

2. **Bergbau:** Ruhrgebiet, Wurmrevier, Oberschlesien, Niederschlesien: Lohntarif, vierwöchig kündbar, 500 000 Kumpels betroffen.

3. **Schuhindustrie:** Tarifloser Zustand im Reich, zirka 70 000 Schuharbeiter betroffen.

4. **Gemeindearbeiter:** Reichsmanteltarif gekündigt, durch vierwöchige Vereinbarung weiterlaufend, zirka 200 000 Arbeiter betroffen.

5. **Verkehrsarbeiter:** Reichsmanteltarif gekündigt, durch vierwöchige Vereinbarung weiterlaufend, zirka 100 000 Arbeiter betroffen.

6. **Textilindustrie:** Niederrhein: tarifloser Zustand, zirka [illegible] Arbeiter betroffen.

7. **Zigarrenindustrie:** Reichstarif zum 31. 7. gekündigt, zirka 60 000 Arbeiter betroffen.

8. **Chemische Industrie:** Berlin: Tarif läuft am 31. 8. ab, zirka 15 000 Arbeiter betroffen.

Mitteldeutschland: Tarif läuft am 31. 8. ab, zirka 25 000 Arbeiter betroffen.

9. **Gastwirtsgewerbe:** Berlin: Lohntarif zum 15. 7. gekündigt, über 10 000 Arbeiter betroffen.

Es ist die Absicht der Kapitalisten, bei Abschluß der neuen Tarife mit Hilfe der Statsorgane den Lohn weiter zu senken und die Arbeitsbedingungen noch sklavischer zu gestalten. Durch tarifliche Zustände sollen die Arbeiter einzeln zermürbt und der Unternehmerwillkür unterworfen werden. Die ADGB-Führer haben es konsequent unterlassen, die Gewerkschaftsorganisationen gegen diese Anschläge der Kapitalisten und der Papenregierung in den Kampf einzusetzen. Im Gegenteil! In der letzten Zeit wurden von den Gewerkschaftsführern eine Reihe von Tarifverträgen vereinbart, die Verschlechterungen für die Kollegen bringen. So z. B. wurde in einigen Tarifen der **Urlaub für die Arbeiter in diesem Jahre völlig preisgegeben.**

Das Reichskomitee ruft den Arbeitern aller Industrien und Betriebe zu: Kollegen, wehrt euch! Verteidigt das Brot eurer Familien! Weitere Lohnsenkungen und sklavische Arbeitsbedingungen sind unerträglich!

An alle RGO-Einheiten ergeht der Ruf: Mobilisiert die Betriebe zum Widerstand! Bereitet sorgfältig die Tarifbewegungen und den Kampf gegen die Beschäftigtensteuer, den Kampf gegen die Herabsetzung der Kurzarbeiterunterstützungen vor! Stellt diese Fragen in Belegschaftsversammlungen und in den Versammlungen der Gewerkschaftsorganisationen! Formuliert die Forderungen der Kollegen in den Betrieben! Faßt die notwendigen Kampfbeschlüsse! Schließt die gemeinsame, unüberwindliche Kampffront aller Kollegen, gleich, ob organisiert oder unorganisiert, gleich welcher gewerkschaftlichen Organisation!

Reichskomitee der RGO.

Am Morgen

stehen alle Antifaschisten vor dem Betrieb mit Flugblättern und Zeitungen

Am Mittag

sammelt in der Mittagspause jeder Antifaschist für den Kampffonds der Antifaschistischen Aktion

Am Abend

werden die gesammelten Beträge sofort abgerechnet, denn die

Antifaschistische Aktion braucht Pulver!

Gewerkschaftsorganisationen in der Antifaschistischen Aktion!

Daß die Gewerkschaftsmitglieder bereit sind, gemeinsam mit allen Klassengenossen den Kampf gegen Not und Elend, gegen die von Hitler gestützte Papenregierung und den faschistischen Mordterror aufzunehmen, beweist die sich dauernd steigernde Zahl der Gewerkschaftsorganisationen, die sich auch durch die Verwirrungsmanöver ihrer obersten Instanzen nicht abhalten lassen, die kämpfende Einheitsfront zu schließen.

In den letzten Tagen hat sich wieder eine Anzahl Gewerkschaftsorganisationen in die Front der Antifaschistischen Aktion eingegliedert. Wir verzeichnen folgende Beispiele:

Die Bezirksstelle des Zentralverbandes der Zimmerer (Zwickau) nahm einstimmig in einer Mitgliederversammlung in Burkhardtsdorf eine Entschließung an, in der sie sich hinter die Politik des Ortsausschusses Gewerkschaften stellt und den korporativen Anschluß an die Antifaschistische Aktion sowie die Wahl eines Einheitsausschusses beschließt.

Die Zimmererzahlstelle Zschopau beschloß den korporativen Anschluß an die Antifaschistische Aktion.

Das Ortskartell Großzimmern des ADGB beschließt die Eingliederung der Gewerkschaftsorganisationen in die Antifaschistische Aktion und ruft zu einer antifaschistischen Gewerkschaftskonferenz in Frankfurt a. M. auf.

Das Gewerkschaftskartell Finthen rief gemeinsam mit KPD, SPD, Reichsbanner, RGO und anderen Arbeiterorganisationen zu einer Einheitsmassenkundgebung auf.

Der Bekleidungsarbeiterverband Greiz begrüßte in einer Resolution den Kampf der Greizer Wohlfahrtserwerbslosen gegen die Notverordnung der Papenregierung.

Der DMV Gerresheim brief eine gemeinsame Mitgliederversammlung des DMV, des Fabrikarbeiterverbandes, des Malerverbandes und der RGO ein, in der ein Einheitskomitee gewählt wurde.

Malerverband Weimar sprach sich in der letzten Mitgliederversammlung für die Antifaschistische Aktion und Teilnahme an dem vorbereitenden Kampfkomitee gegen Hunger und Faschismus aus.

Zahlstelle Gottesberg des VGB Entschließung für die Herstellung der roten Einheitsfront und für die Entsendung von Delegierten in das örtliche antifaschistische Einheitskomitee sowie für Beitritt in den roten Massenselbstschutz.

Gewerkschaftskartell und DMV Tambach-Dietharz nehmen an der vorbereitenden Sitzung zur Einleitung der Antifaschistischen Aktion teil. Es wurde ein Aufruf beschlossen, der auch vom Holzarbeiter- und Zimmererverband unterschrieben wurde.

Sattler, Tapezierer und Portefeuiller Hagens nehmen eine Entschließung für die Antifaschistische Aktion an.

Zu einer Einheitskonferenz haben in Plauen neben der RGO u. a. der Bekleidungsarbeiterverband, der Zimmererverband, der Fabrikarbeiterverband und die Sektion der Bäcker des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes aufgerufen.

Diese Beispiele müssen dazu dienen, in allen Betrieben und Gewerkschaften die Aktivität der Opposition auf ein Höchstmaß zu steigern und alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit zum gemeinsamen Kampf in Antifaschistischer Aktion gegen Hunger, Krieg und Faschismus zu mobilisieren!

Am Sonntag alles aufs Land

Betriebs- und Straßenzellen, Ortsgruppen, habt ihr schon den Plan besprochen, nach dem ihr am Sonntag die Arbeit auf dem Lande vornehmen wollt? Ist das Werbe- und Agitationsmaterial in ausreichendem Maße vorhanden, um den werktätigen Bauer, den Landarbeiter und den kleinen Geschäftsmann

für die Antifaschistische Aktion

zu gewinnen? Was habt ihr beschlossen, um in den Patenschaftsdörfern neue Leser für die Arbeiterstimme und das Volksecho zu werben? Habt ihr Bauernzeitungen und Broschüren beschafft? Sind genügend Sammellisten vorhanden, um die

Beschaffung von Pulver

durchzuführen? Wenn nicht, dann aber los! 50 Prozent des Sammelsolls muß am Sonntag abgerechnet werden. Berichtet sofort eure Erfolge an die Arbeiterstimme!

Werkstättenarbeiter, Alarm!

Stillegung des RAW Dresden?

Geschlossener Werksurlaub als Vorbereitung zu Massenentlassungen. Warum berichtet der Betriebsrat Voigt nicht an die Belegschaft? Kollegen, fordert Rechenschaft!

(Arbeiterkorrespondenz 763)

Die von der Reichsbahn angekündigten Massenentlassungen stehen unmittelbar bevor. Um aber nicht allzuviel Staub aufzuwirbeln und erst die Reichstagswahlen vorüber zu lassen, gehen die Vorbereitungen in aller Heimlichkeit vor sich. Seit Wochen finden Sitzungen von Direktionsvertretern bzw. Dienststellenleitern und Betriebsräten statt, die nach Meinung der Eisenbahner keinen anderen Zweck haben, als den **Hinauswurf von 40 000 Eisenbahnern** vorzubereiten.

Im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Altstadt sollen ab Montag, dem 18. Juli, mit Ausnahme derjenigen Kollegen, die ihren Urlaub bereits hinter sich haben, alle dort Beschäftigten in Werksurlaub gehen. Das Werk soll also in dieser Zeit geschlossen werden. Nur wenige Kollegen haben ihren Urlaub weg, so daß die übergroße Mehrheit jetzt „vorläufig", wie man sagt, in die Ferien geht.

Für die Kollegen des RAW ist so gut wie feststehend, **daß dieser Werksurlaub dazu benützt werden soll, um die vollkommene Schließung des Werkes vorzubereiten und die gesamte Belegschaft auf die Straße zu werfen.** In der Belegschaft wird offen erzählt, daß der reformistische Betriebsratsvorsitzende Voigt gemeinsam mit dem Werksdirektor Schwager diesen Werksurlaub vereinbart hat, um bei dieser Gelegenheit die seit langem beabsichtigte Schließung des Werkes vorzunehmen. Wenn die Kollegen am 2. August dann ihre Arbeit wieder aufnehmen wollen, werden sie inzwischen den „blauen Brief" erhalten haben und sitzen auf der Straße.

Im Werk selbst herrscht **Stille vor dem Sturm.** Die Kollegen wissen genau, was los ist und kennen den Grund, warum sich der Betriebsrat Voigt um eine Betriebsversammlung drückt. In aller Stille sollen die Massenentlassungen vorbereitet werden, um die Kollegen in Sicherheit zu wiegen und noch einmal für die Liste der SPD bei der Reichstagswahl einzufangen.

Die Herrschaften sollen sich aber verrechnet haben. Ausnahmslos erklären die Kollegen, daß sowohl der Einheitsverband, wie auch die reformistischen Betriebsräte, sehr gut über die bevorstehenden Entlassungen informiert sind, die Belegschaft aber bewußt täuschen.

Kollegen, das Manöver, welches mit euch vorgenommen werden soll, muß euch zu denken geben. **Kampf den Massenentlassungen muß eure Losung sein,** die ihr geschlossen durchführen müßt. **Das könnt ihr nur in der Millionenfront der Antifaschistischen Aktion. Reiht euch ein!**

Chemnitzer Friseurinnung fordert 30 Prozent Lohnabbau

Die Chemnitzer Friseurzwangsinnung hat den Lohntarif gekündigt. Am 21. Juli läuft dieser auf Grund der Kündigung ab. Die Zwangsinnung fordert nicht mehr und nicht weniger als 30 Prozent Lohnabbau. Schon jetzt war es einem verheirateten Friseurgehilfen fast unmöglich, seine Familie zu ernähren. Nach den neuen Löhnen würde der erste Damenfriseur ganze 55 Pf. in der Stunde, der erste Herrenfriseur 47 Pf., und die erste Friseuse ganze 38 Pf. erhalten. Wochenlöhne von 15 bis 25 M. sind dann die höchsten Löhne. Die nicht „ersten" Friseure, und das ist ja das Gros der gesamten im Friseurberuf beschäftigten Gehilfenschaft, soll dann wahrscheinlich mit Löhnen von 10 bis 15 M. nach Hause gehen.

Wir brauchen nicht zu betonen, wie ungeheuer schamlos dieser Anschlag der Friseurzwangsinnung ist. Gewiß, kein Mensch verkennt, daß manche Friseure in den Arbeitervierteln auch nicht mehr viel zu beißen haben. Aber das sind auch diejenigen, die am meisten Verständnis für die Not ihrer Gehilfen aufbringen. Dagegen sind die Besitzer der großen Geschäfte, die eine ganze Anzahl von Personal beschäftigen, die Haupttreiber bei diesen unerhörten Lohnabbauanschlägen.

Wenn die Inhaber der Friseurgeschäfte durch die Politik der Brüning- oder der von Hitler tolerierten Papenregierung in Not geraten sind, dann ist **nicht verschärfte Ausbeutung der Gehilfenschaft, sondern gemeinsamer Kampf mit ihnen der Ausweg.** Nur durch gemeinsamen Kampf mit der revolutionären Arbeiterschaft gegen die Notverordnungen und Steuerlasten, für höhere Löhne und die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD können die kleinen Geschäftsinhaber ihre Lage verbessern. Nur so wird ihre Not und die der Gehilfenschaft mit beseitigt. Wenn das die kleinen Meister nicht einsehen wollen, dann müssen sie eben mit den Kampfmaßnahmen der gesamten Gehilfenschaft rechnen!

Proteststreik gegen Nazistrolche

Die Schweißer der Deutschen Werke in Kiel sind in den Streik getreten, weil die Werksleitung die Entlassung eines an Ueberfall auf das Gewerkschaftshaus in Eckernförde beteiligten SS-Mannes abgelehnt hat. Trotz Versuche der Gewerkschaftsführer, den Streik zu verhindern, legten alle Schweißer, die bis auf einen sämtlich freigewerkschaftlich organisiert sind, geschlossen die Arbeit nieder.

Aus einem Nazi-„Muster"betrieb

In der Ammdorfer Bitumenfabrik wurde ein Lohnabzug von 3 bis 9 Pfennig pro Stunde durchgeführt. Außerdem wurden 18 Entlassungen vorgenommen und den übrigen mit Kündigung gedroht.

In der Wattefabrik von Fricke in Eisleben wurden 50 Frauen entlassen. Wer jedoch in die Nazizelle eintritt und für weniger Geld arbeitet, darf bleiben. Unter diesen Bedingungen wird die Kündigung zurückgenommen.

Landarbeiterinnen streiken

Die Landarbeiterinnen des Gutes Warhausen bei Bernburg sind gegen einen unerhörten Lohnabbau, der bis zu 50 Prozent geht, in den Streik getreten. Die Arbeiterinnen verlangen die Weiterzahlung des alten Lohnes und sind entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen.

Reichswehrminister und Arbeitsdienstsoldat

Reichswehrminister General v. Schleicher erhält außer Aufwandsentschädigung und Dienstwohnung mit allem Komfort:

RM. 2000 pro Monat oder 67,— RM pro. Tag

Ein Arbeitsdienstsoldat soll nach den Plänen von Nazi-Hierl außer Uniform, Gulaschkanonenfraß und Barackenwohnung erhalten:

9.— RM. pro Monat oder 30 Pfennig pro Tag

Kämpft gegen die Hitler-Papen-Schleicher und gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht!

Heraus zur Antifaschistischen Aktion!